

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 3 Mk., durch unsere Vertreter zugesandt in der Stadt monatlich 3,50 Mk., auf dem Lande 3,65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1,50 Mk. für die 6 spaltenige Kopfzeile oder deren Raum, Restamen, die 2 spaltenige Kopfzeile 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Inseratdruck entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltenige Kopfzeile 4,50 Mk. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 11. Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß, ist der Auftraggeber in Haftung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 253.

Freitag den 28. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichskanzler Dr. Wirth bildete auf das Ersuchen des Reichspräsidenten hin eine neue Regierung ohne parlamentarische Koalition.
- Reichsbankpräsident Havenstein weist mit mehreren Beamten in London, um Unterhandlungen über eine englisch-amerikanische Kredithilfe für Deutschland zu führen.
- In München wurde auf den früheren Minister Abg. Auer ein neues Attentat verübt, wobei Auer jedoch nicht verletzt wurde.
- Karl von Habsburg wird wahrscheinlich in Italien interniert werden.

Die neue Reichsregierung.

Da: Kabinett der Persönlichkeiten.

Nach unendlichen Schwierigkeiten gelang es endlich Mittwoch in vorderster Nachmittagsstunde, dem erneuten mit der Kabinettsbildung beauftragten Reichskanzler Dr. Wirth, sein neues Ministerium zusammenzustellen. Als der Reichstag seine Sitzung begann, gab der Kanzler folgende Ministerliste bekannt:

- Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth (Zentrum);
- Bizanzminister und Schatzminister: Bauer (Sozialdem.);
- Innenminister: Adolf Köster (Sozialdemokrat);
- Wehrminister: Gessler (Demokrat);
- Wiederaufbau: (vorläufig unbefestigt);
- Wirtschaft: Robert Schmidt (Sozialdemokrat);
- Ernährung und Finanzen: Hermes (Zentrum) (nur vorläufig mit den Finanzen betraut);
- Post: Wiesner (Zentrum);
- Arbeitsminister: Brauns (Zentrum);
- Verkehrsminister: Groener (bei keiner Partei);
- Justiz: Professor Radbruch (Sozialdemokrat).

Mit Ausnahme des einzigen Demokraten Gessler und des Verkehrsministers Groener, der bisher keiner Partei zugehörig wurde, sind also die Persönlichkeiten des neuen Ministeriums lediglich dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie entnommen. Sie waren schon in der bisherigen Regierung oder haben früher bereits Ministerposten innegehabt, außer dem mehrheitssozialdemokratischen neuen Justizminister Professor der Rechte Dr. Radbruch, der seit dem Grätzler Parteitag als kommender Mann galt. Ausgeschieden aus der Regierung sind der bisherige Minister des Innern Dr. Rosen, der Minister des Innern Dr. Gradnauer und der Justizminister Dr. Schirer.

Dr. Wirths Erklärung im Reichstage.

(188. Sitzung.) CA. Berlin, 28. Oktober.

Es dunkelte schon, als Präsident Loebe vor einem dichtbesetzten Hause und vor überfüllten Tribünen die denkwürdige Sitzung eröffnete, in der Stellung genommen werden sollte zu der von der Entente verfügten Zerstückung Oberschlesiens. Kurz vorher war Reichskanzler Dr. Wirth mit den übrigen Ministern erschienen, neben ihm der Bizanzminister und Reichsschatzminister Bauer, der nächste Platz, der des Reichsfinanzministers, ist einstweilen noch nicht besetzt. Dann erschienen die übrigen Minister, unter ihnen auch der neue Justizminister Dr. Radbruch.

Sitzungsbericht.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung, indem er auf ihre Bedeutung hinwies und dabei die Zerstückung Oberschlesiens einen schweren, einen vielleicht unvermeidbaren Schlag nannte. Im Anschluß hieran richtete er warme Worte an die Landsleute, die jetzt zu Polen geschlagen werden sollen. Er hob hervor, daß in den Gebieten, die jetzt zu Polen kommen, 200.000 Erwachsene seinerzeit für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt haben. Auch in Zukunft werden diese Hunderttausende von Deutschland sagen: „Dort ist meine Heimat“ und er tief ihnen zu: Treue gegen Treue. Wir geben euch das Gelübnis der Treue, und dieses Gelübnis wird bestehen. Die Worte des Präsidenten machten großen Eindruck. Hierauf folgte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Man darf das Schicksal des Vaterlandes nicht durch eine langwierige Krise auf das Spiel setzen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz legt uns schwere Pflichten auf. Die Militärs haben sich der Entscheidung über Oberschlesien durch Überweisung dieser Frage an den Völkerverbund entledigt. Nach unserer Auffassung verstoßt das gegen den Wortlaut des Friedensvertrages. Bei der Frage, ob die Regierung sich für die Entsendung eines Unterhändlers mit Polen entscheiden wollte, oder ob sie die angebotenen Zwangsmaßnahmen auf sich nehmen wollte, mußte sie in erster Linie daran denken, die

hunderttausende von deutschen Volksgenossen nicht im Stich zu lassen,

die durch diese Zwangsmaßnahmen bedroht sind. Die bisherigen Leistungen waren nur unter Anspannung aller unserer Kräfte zu vollbringen. Die Voraussetzungen dafür sind aber durch die Teilung Oberschlesiens aufs schwerste erschüttert worden. Eine Übersicht über unsere dortigen

ideellen und materiellen Verluste wird das lehren. An Hand der bekannten Zahlen setzte der Reichskanzler auseinander, wie viele Deutsche an Polen kommen und wie viel Gruben, Hüttenwerke usw. polnisch werden. Der Reichskanzler erinnerte an die große deutsche Mehrheit in Katowitz und Königshütte. Ungeachtet der Größe dieser Mehrheit sollen beide Städte polnisch werden.

Angesichts dessen muß jeder Haube daran schwinden, daß Recht und Gerechtigkeit noch bestehen, und daß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die ihm zukommende Achtung zuteil wird.

Weiter führte der Reichskanzler aus, wie das ganze Wirtschaftsleben durch die Teilung Oberschlesiens in diesem Augenblick auf das schwerste erschüttert worden ist, indem weite Wirtschaftsgebiete in der Welt von einer Krise heimgesucht sind, die sich immerfort noch verschärft. Er erinnerte an die Frage der Arbeitslosigkeit und an die weltwirtschaftliche Aufgabe, die dadurch gestellt ist. Die bisherige Regierung wollte den guten Willen befruchten, um das Mißtrauen zwischen den Völkern zu beseitigen. Sie wollte vor allem ihre Verpflichtungen erfüllen. Von diesem Standpunkt wird auch die neue Regierung nicht abweichen.

Die deutsche Regierung erachtet in der Entscheidung nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern auch eine Verletzung des Versailleser Vertrages. Sie legt gegen diese Rechtsverletzung diejenige feierliche Verwahrung ein, die das Völkerrecht als Schutz gegen Vergewaltigungen kennt. Lediglich durch die Bedrohungen der Entente, und um die Zerstückung Oberschlesiens zu vermeiden, sieht sie sich gezwungen, die geforderten Delegationen zu ernennen, ohne jedoch ihrer Rechtsauffassung preiszugeben.

Die Regierung kann in ihrer heutigen Erklärung viele wichtige innere Fragen nicht berühren. Die Regierung richtet daher heute die Aufforderung zur Mitarbeit an die Parteien und bittet sie, ihr das Vertrauen auszusprechen.

Die Kanzlerrede fand starken Beifall und der Reichstag trat dann in ihre Besprechung ein, die sich bis in die späten Nachstunden fortsetzte.

Die Aussprache der Parteien.

Abg. Hermann Müller (Soz.) betonte, mit einer Politik der großen Weite ist niemandem gedient. Wir halten es für unsere erste nationale Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Er erinnerte weiter an die militärische Niederlage und zog gegen die Zeitungen der Rechten zu Felde. Darob entstand auf der Rechten lebhafteste Erregung, während die Linke dem Redner Beifall zollte. Der Redner führte aus, wenn eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorgenommen worden wäre, so würde diese ganz anders ausgefallen als die erste. Auch die polnischen Arbeiter haben, als sie feierlich für Polen stimmten, nicht an den Wahnsinn einer solchen Teilung Oberschlesiens gedacht. Sie würden sonst für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt haben. Bei den Abmachungen mit Polen müsse ein wirtschaftlicher Schutz der Minderheit vorgesehen werden. Ganz verfehlt wäre es, nunmehr eine Politik der Rache zu treiben, diese Politik würde sich am Nächsten rächen. Ein von Deutschland ausgesprochener Boykott würde die schlimmsten Folgen haben. Schließlich pflüchtete der Redner dem Reichskanzler unumwunden bei. Herr Dr. Wirth habe ein großes persönliches Opfer gebracht und die gewissenlosen Leute, die ihn als Streber hinführen, wären Verleumder. Der Verlust Oberschlesiens sei eine Folge des verlorenen Krieges. Zu berücksichtigen wäre, daß ursprünglich ganz Oberschlesien verloren gehen sollte.

Alsdann sprach für das Zentrum der Abg. Wiska, ein geborener Oberschlesier. Er sprach über die Abstimmung und betonte, daß alle, die sich an der Abstimmung beteiligten, des Glaubens gewesen seien, dadurch werde über das Verbleiben von ganz Oberschlesien bei Deutschland entschieden. Der Redner verbiene sich des weiteren über oberhalbliche Verhältnisse, zu denen er zahlreiche Einzelheiten gab. Die weiteren Redner äußerten sich je nach der Auffassung ihrer Parteien zu den schwebenden Fragen, doch kommt die Debatte trotz der Ausdehnung der Sitzung bis in die Nacht nicht zu Ende und soll morgen fortgesetzt werden. Nach Schluß der Aussprache soll die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die jetzige Regierung stattfinden.

Auf Halbmaß.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 26. Oktober.

Auf den vier Ecktürmen des Reichstagsgebäudes wehen die schwarz-rot-goldenen Fahnen, die erst seit ganz kurzer Zeit dort an den Sitzungstagen gehißt werden, auf Halbmaß. Es ist ein Trauertag für Volk und Volksvertretung. Der Reichstag soll heute eine Erklärung des Reichskanzlers über die Genfer Entscheidung anhören und soll selbst zu dem Schicksal des unglücklichen oberhalbischen Landes Stellung nehmen. Auch wenn der Gegenstand der Beratung weniger traurig wäre, würde der Reichstag keine Ursache zur Freude haben. Die Zerissenheit, die innerhalb seiner Parteien herrscht, ist ein trübes Kapitel. Bei der Neubildung der Regierung hat sich dieser Krebsgeschwür wieder von seiner bedenklichsten Seite gezeigt. Der Reichspräsident hat in dem Schreiben, in welchem er den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth aufforderte, die Neubildung der Regierung zu übernehmen, darauf hingewiesen, daß es bei gutem Willen auf allen Seiten wohl hätte möglich sein müssen, eine große geschlossene Regierungskoalition zu schmieden. Das ist nicht gelungen. Dr. Wirth bildet — zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus! — eine Re-

gierung ohne parlamentarische Koalition. Man nennt sie ein „Kabinett der Persönlichkeiten“ oder auch ein „Gewerkschaftskabinett“. Die Schwierigkeiten waren auch bei dieser Regierungsbildung enorm, und der Beginn des Reichstages, der auf 12 Uhr mittags einberufen war, mußte wieder Stunde um Stunde verschoben werden, da die Ministerliste immer noch nicht fertig war. Die Aufregung im Parlamentsgebäude erreichte auch heute wieder einen ihrer Gipfelpunkte. Besonders besprochen wurde ein Beschluß der Demokraten, die an alle ihre Mitglieder die Bitte gerichtet hatten, am neuen Kabinett nicht teilzunehmen. Dadurch würden empfindliche Lücken in der morgens ziemlich fertiggestellten Ministerliste gerissen worden sein, die von der bisherigen nur in wenigen Posten abweichen sollte. Die Verhandlungen über die neu zu suchenden Männer und die Verhandlungen mit den Demokraten füllten Stunde um Stunde, und inzwischen rückte der Zeiger weiter vor, immer näher dem Zeitpunkt, an dem der Entschluß auf Entsendung eines Delegierten zu den Verhandlungen mit Polen gefaßt, an dem der Reichstag sein Ja oder Nein zum neuen Kabinett und seiner Politik gesagt haben mußte. . . . Veto.

Geteilte Meinungen.

Pressäußerungen zum neuen Kabinett Wirth.

Die Worte der Begrüßung oder der Verurteilung, die dem neuen Kabinett Wirth in den Berliner Blättern gewidmet werden, spiegeln noch einmal den Kampf der Parteimeinungen wider, der diese Tage der Regierungskrise durchdringt hat. Während man auf der einen Seite durchaus unzufrieden mit der Art und Weise ist, in der diese Krise gelöst wurde, steigert sich andererseits die Zustimmung zu dem betretenen Wege und gleichzeitig die Polemik gegen diejenigen, die dem wiederernannten Kanzler ablehnend gegenüberstehen.

Die deutsch-nationale Kreuzzeitung erklärt Wirths Wiederkehr unbedingt für schädlich in außenpolitischer Hinsicht. Man werde in London und Paris über die Rücktrittskomodie lachen und die Lehre ziehen, daß das System der Dammenschräuben das einzig richtige ist. Das Blatt meint, durch eine namentliche Abstimmung im Reichstage könne das neue Kabinett leicht zu Fall gebracht werden, und dann stehe der Auflösung des Reichstages und den Neuwahlen nichts mehr im Wege. — Die volksparteiliche Tägliche Rundschau schreibt: „Das Armutszeugnis, das sich die Parteien der Linken mit der Wiederernennung des politisch so stark belasteten Erzberger-Zinnges ausstellen, zeigt aufs neue die koalitionsmäßige Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Systems in Deutschland.“ — Die ebenfalls der Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt: „Auch das neue Kabinett muß ein Kabinett der Erfüllung sein, das dabei aber nimmermehr die Unmöglichkeit der Erfüllung in den Vordergrund zu schieben und Mittel und Wege zu suchen hat, aus die Segen von dieser Unmöglichkeit zu überzeugen.“

Von den der Demokratie nahestehenden Blättern meint die Vossische Zeitung, Dr. Wirth hätte den Reichstag auch vor seinem Rücktritt befragen können, und wahrscheinlich wäre dann die Regierungskrise überhaupt überflüssig geworden. Aber Dr. Wirth habe damals wohl innerlich selbst nicht gewünscht, an der Spitze der Reichsregierung zu bleiben. Der politische Mut, den er mit der Annahme der Vertrauensbeweisung hat, werde auch von seinen politischen Gegnern anerkannt. — Das Berliner Tageblatt sieht voraus, daß wir in wenigen Wochen vor neuen innerpolitischen Möglichkeiten stehen, und dann das Problem der großen Koalition, die für Deutschlands politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau eine logische Notwendigkeit sei, brennend werden würde. Das Blatt findet die Lösung der Kabinettskrise keineswegs erfreulich und meint, die Krise hätte sicherlich nicht einen so peinlichen Eindruck nach außen gemacht, wenn das alte Kabinett Wirth nicht vorzeitig seine Demission gegeben hätte. — Das Zentrumsbüro Geremania erklärt, es wäre richtig, wenn alle vaterländischen Parteien sich zusammenschließen wollten, gewissenhaft zu erwägen, welches Übel das kleinere sei, die Annahme oder die Ablehnung eines Ententesabots. In der oberhalbischen Frage aber sei sich unter Protest zu fügen, unbedingt das kleinere Übel, weil wir bei Widerstand gewiß auch das wenige verlieren würden, was man uns in Genf gelassen hat.

Von den sozialistischen Blättern äußert der Vorwärts seine volle Bestrebung über diese Lösung. Er bespricht, daß das Kabinett Wirth nur eine kurze Lebensdauer haben könne und erklärt, die sozialdemokratische Partei treue sich nach den unbeschreiblichen Ergebnissen der letzten Tage doppelt, daß es auch einen mutigen bürgerlichen Politiker gibt, und sie werde mit Dr. Wirth zusammen gern die schwere Last der Verantwortung weitertragen in der Überzeugung, daß die breiten Massen des Volks zu dieser ihrer Regierung sehr noch fester stehen werden als zuvor. — Die unabhängige Freiheit sagt: „Dah man zur Entwirrung des Chaos auf Dr. Wirth zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweist den Festen der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft ausstreifen, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlamentes noch einmal Schindluder zu treiben.“ — Die kommunistische Rote Fahne schließlich bezeichnet selbst das neue Kabinett Wirth als eine „verkappte Ententes-Regierung“ und appelliert an die Macht der Massen, um künftig „parlamentarische Schiebungen“ zu verhindern.

Die Auslandskredithilfe für Deutschland.

Reichsbankpräsident Havenstein in London.

Alsbal nach der Abreise des Barons Anton Rothschild aus Berlin, des Chefs des englischen Bankhauses der Rothschilds, wurde die Meldung verbreitet, Rothschild habe einsam und allein in Berlin angetroffen, um einen fami-